

## Kriminalität Weniger Straftaten von Flüchtlingen

Die Zahl der Straftaten von Asylsuchenden ist in den ersten drei Monaten des Jahres um 18 Prozent zurückgegangen. Das berichtete der Präsident des Bundeskriminalamts, Holger Münch, in der jüngsten Sitzung des Innenausschusses des Bundestags. Die Platznot

in den Asylbewerberunterkünften habe abgenommen, deshalb komme es seltener zu Tötlichkeiten unter den Flüchtlingen, sagte Münch laut Teilnehmern. Nach seinen Angaben verübten Migranten aus Nordafrika auffällig häufig Straftaten, insbesondere Eigentumsdelikte. Unterdurchschnittlich oft seien hingegen Syrer, Iraker und Afghanen unter den Tatverdächtigen. wow

## Presserecht Drei statt einer

Medienrechtler fordern das Landgericht Dresden auf, im Streit zwischen der NPD und einem Wissenschaftler in voller Kammerbesetzung zu entscheiden. Bisher hatte in dem Fall ein Einzelrichter geurteilt – und dem Politologen Steffen Kailitz den Satz verboten, die Partei wolle „acht bis elf Millionen Menschen aus Deutschland vertreiben, darunter mehrere Millionen deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund“. Kailitz hatte dies auf Zeit Online geschrieben, eine ähnliche Aussage hatte er aber auch als offiziell vom Bundesverfassungsgericht bestellter Sachverständiger im NPD-Verbotsverfahren getätigt. Der Wissenschaftler äußert

sich zudem oft kritisch über die AfD. Pikanterweise übertrug die Pressekammer des Gerichts die Entscheidung einem Einzelrichter, der AfD-Funktionär in Sachsen ist. Zwar sei eine solche Übertragung prinzipiell möglich, sagt der Berliner Medienrechtler Christian Schertz, aber nur „in einfachen Fällen“. Weil gerade hier „komplexe Abwägungen“ zu treffen seien, sagt sein Bonner Kollege Gernot Lehr, „hätte nicht nur der Einzelrichter entscheiden dürfen“. Auch der Hamburger Presserechtler Marc-Oliver Srocke betont, spätestens über Kailitz' Widerspruch müsse die Kammer befinden, „um jeden Anschein zu vermeiden, dass die Entscheidung von der politischen Verortung eines einzelnen Richters abhängen könnte“. hip

## AKW-Prüfungen Sechs-Augen-Prinzip

Sicherheitsprüfungen in Baden-Württembergs Atomkraftwerken sollen künftig durch mindestens zwei Personen erfolgen. Das geht aus einer Stellungnahme der EnBW Kernkraft GmbH an das Stuttgarter Umweltministerium hervor. Das Unternehmen musste sie nach Trickereien im AKW Philippsburg vorlegen. Dort hatten Mitarbeiter einer Fremdfirma die vorgeschriebenen Prüfungen radiologischer Mess-Einrichtungen in 23 Fällen absichtlich falsch protokolliert oder nur vorgetäuscht. Die Protokolle haben nun zwei Prüfer zu unterschreiben, ein weite-

rer „Ausführungsverantwortlicher“ soll per Stichproben seine Kollegen kontrollieren. Die „Maßnahmen aus der Aufarbeitung von Unregelmäßigkeiten“ sind Voraussetzung dafür, dass die Atomaufsicht erlaubt, den derzeit abgeschalteten Reaktor Philippsburg 2 wieder anzufahren. fri



Kraftwerk Philippsburg



Rekrutin bei Einkleidung in Berlin

## Bundeswehr I Engpässe bei Damenhalbschuhen

Die Bundeswehr hat derzeit Probleme, ihre Truppe ordentlich einzukleiden. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage des grünen Haushaltspolitikers Tobias Lindner an das Verteidigungsministerium hervor. Zu „Engpässen“ kommt es demnach wohl bei Damenhalbschuhen, weißen Blusen sowie Hosen und Mänteln. Auch Schafstiefel, Bordparka sowie Skischuhe für Gebirgsjäger seien Mangelware. Insgesamt acht der rund 140 Bekleidungsartikel für Soldaten sind offenbar momentan nicht überall verfügbar. Seit Mitte 2015 ist die Bundeswehr wieder allein für die Ausrüstung ihrer Solda-

ten verantwortlich, nachdem ein Gemeinschaftsunternehmen mit den Firmen Lion und Hellmann (LHBw) durch schwere Managementfehler Millionenverluste gemacht und beinahe in die Insolvenz gerutscht war. „Jetzt zeigt sich, dass auch ein Jahr nach der Rückverstaatlichung der LHBw das Missmanagement von einst immer noch zu spüren ist“, sagt Lindner. Das Verteidigungsministerium räumte gegenüber dem Politiker ein: „Die Bestandslage der LHBw insgesamt ist weiterhin angespannt.“ Um die Versorgung der Soldaten sicherzustellen, seien im Februar 43 Millionen Euro bereitgestellt worden; man hoffe daher, dass sich „die Bestandslage ab dem dritten Quartal 2016 deutlich entspannt“. js

## Bundeswehr II Widerstand gegen Libyen-Mission

Die Bundeswehr stößt mit ihrer Ausbildungsmission für die libysche Armee auf Widerstand. Die neue Einheitsregierung in Tripolis wehrt sich gegen den Plan, libysche Soldaten im Nachbarland Tunesien ausbilden zu lassen. Die Regierung von Premierminister Fayed Sarraj fordert, dass die Ausbildung in Libyen stattfindet. Auch Tunesien äußerte Vorbehalte. Die dortige Regierung fürchtet, dass die libyschen Rekruten vor der Ausbildung nicht ausrei-

chend überprüft werden könnten. Die Bundesregierung hat Libyen im Rahmen einer EU-Initiative angeboten, Soldaten für den Aufbau einer neuen Nationalarmee auszubilden, allerdings nur im Nachbarland Tunesien. Ein Einsatz deutscher Ausbilder in Libyen gilt derzeit wegen des Vormarschs des „Islamischen Staats“ als zu gefährlich, heißt es im Verteidigungsministerium und im Auswärtigen Amt. Erst wenn die neue Regierung rund um Tripolis für Stabilität sorgen könne, sei eine Trainingsmission in Libyen denkbar. gor, mgb